

Globalisierung, Neoliberalismus und Widerstand

27.10.01, Ulrich Brand

Man sagt uns, daß es sich bei der Globalisierung um einen unvermeidlichen Prozeß handle, der wie die Schwerkraft wirke. Darauf antworten wir: Dann müssen wir eben die Gesetze der Schwerkraft außer Kraft setzen.

Subcomandante Marcos von den Zapatistas im mexikanischen Chiapas

“Globalisierung” war das Wort schlechthin der 90er Jahre. Dazu wurde es, weil unter Globalisierung sehr Unterschiedliches verstanden wird.

Vor allem herrschende Kräfte benutzen und benutzen es bis heute gerne, um die “Unvermeidlichkeit” gesellschaftlicher Entwicklungen zu rechtfertigen: Sozialabbau, Arbeitslosigkeit, Wirtschaftskrisen, etc. Insofern ist Globalisierung ein ideologischer Kampfbegriff – und eine politische Aufgabe, diesen als solchen zu entlarven. “Globalisierung” ist aber mehr. Sie zeigt tiefgreifende gesellschaftliche Umbrüche innerhalb des Kapitalismus an. Für emanzipatives Handeln ist es wichtig, diese Umbrüche zu verstehen, um die eigenen Strategien daran ausrichten zu können.

Meist wird unter Globalisierung die Internationalisierung ökonomischer Verhältnisse (Waren, Dienstleistungen, Finanzströme) verstanden. Reisen werden billiger, Konsumgüter kommen aus aller Welt in unsere Küchen. Auch die Politik internationalisiert sich, muß mit den Krisen der Globalisierung umgehen. Dann wird häufig etwas verniedlichend von den “Chancen und Gefahren” gesprochen, wobei die Chancen erhöht und die Gefahren verringert werden müßten. Soweit die offizielle Lesart.

Aus kritischer Perspektive geht es zunächst darum, die Herrschaftsförmigkeit der aktuellen Veränderungen zu sehen. Die Finanzmärkte wurden nämlich Anfang der 80er Jahre nicht dereguliert, um Glück und Wohlstand für die Menschheit zu schaffen, sondern um dem Kapital international mehr Beweglichkeit auf der Suche nach profitträchtigen Anlagemöglichkeiten zu schaffen. Und die Produkte “Made in China” finden hierzulande Absatz, sind aber zuvorderst Teil einer Strategie, in bestimmten - lohnintensiven - Branchen die Kosten zu senken (gerne auch in chinesischen Arbeitslagern).

Die Politik internationalisiert sich in der Tat. Dies geschieht aber weniger, um die negativen Konsequenzen der Globalisierung abzufedern oder den wachsenden Kuchen gerecht aufzuteilen. Internationale Politik dient vor allem der Absicherung von internationalen Investitionen der Global Players. Bestes Beispiel ist die 1995 gegründete Welthandelsorganisation WTO.

Globalisierung ist also kein Homogenisierungsprozeß, sondern bedeutet in vielen Bereichen gesellschaftliche Spaltung. Vor allem im Nord-Süd-Verhältnis. Daß für viele Menschen Migration zu einer brutalen “Lebensform” wird, interessiert die jet-settenden Vordenker der Globalisierung in der Regel wenig. Spaltungen werden auch bewußt erzeugt, indem über rassistische, nationalistische und patriarchale Muster die Konkurrenz zwischen den Menschen verstärkt wird.

Schließlich: Die intensiveren wirtschaftlichen Verflechtungen laufen nicht global, sondern vor allem in den kapitalistischen Zentren (der sog. Triade) ab. Der Süden ist weiterhin Rohstofflieferant und in einigen Teilen Produktionsstandort mit billiger, weil gewerkschaftlich nicht organisierter Arbeitskraft. Hinter Globalisierung stehen Interessen, Strategien und Kämpfe. Globalisierung ist Kapitalismus und dieser, wie eh und je, für die meisten Menschen ein Katastrophenprogramm. Und dies heute wieder stärker als in der Nachkriegszeit, während der starke Gewerkschaften und Zugeständnisse der Herrschenden wegen der “roten Gefahr” wenigsten in einigen Teilen der Welt für die Bevölkerungsmehrheit materiell akzeptable Verhältnisse bestanden.

Wenn von Globalisierung gesprochen wird, dann sollte zumindest von neoliberaler Globalisierung gesprochen werden. Denn damit wird deutlicher, daß sie nicht einfach über uns gekommen ist oder sich “kapitallogisch” entwickelt. Daher ein Schritt zurück. Was hat es also mit dem “Neoliberalismus” auf sich? Ein bißchen Theoriegeschichte (keine Angst, es ist nicht trocken).

Grundlagen des Neoliberalismus

Bereits in der Nachkriegszeit wurden neoliberale Grundsätze und ein Theorieprogramm formuliert, die später großen Einfluß ausübten. Die führenden neoliberalen Intellektuellen waren Friedrich A. Hayek, Milton Friedman, Wilhelm Röpke und Ludwig von Mises. Im Kern ging es um die "Rückgewinnung von Freiheit", die Durchsetzung eines "sich selbst regulierenden Marktes" und freien Wettbewerbs. Insbesondere Hayek argumentierte vor dem Hintergrund des Nationalsozialismus und sieht in diesem, im Sowjetsozialismus und in der sozialistischen Regierung Großbritanniens eine Gemeinsamkeit: den "Kollektivismus", der die Freiheit zerstöre. (Privatkapitalistischer) Markt und Freiheit wurden synonym gesetzt. Das zentrale Argument der Neoliberalen lautet, daß individuelle Freiheit der überragende gesellschaftliche Wert sei, womit sie insbesondere die ökonomische Freiheit der Unternehmer meinten. Im Spannungsfeld zwischen der Freiheit des Individuums und der Freiheit zur Kapitalverwertung entschieden sich die Neoliberalen eindeutig für letztere.

Die einzige Wirtschaftsorganisation, die die Freiheit des einzelnen garantiere, sei die "freie Tauschwirtschaft mit Privatunternehmen" (Friedman), die auch gegen Mehrheiten zu verteidigen sei (Hayek). Dies alles sollte unter dem Primat des Eigentums an Produktionsmitteln und einem - gar nicht schwachen - law and order-Staat geschehen, dessen wichtigste Funktion die Sicherung des Wettbewerbs und der Märkte sei.

Der erklärte Gegner waren innergesellschaftlich die Gewerkschaften und der Sozialstaat sowie international der Realsozialismus, dessen Planwirtschaft die Verkörperung von Zwang und Unterdrückung war. Sozialismus in all diesen Varianten, also auch jener der westeuropäischen Sozialdemokratie, bedeute Sklaverei (Hayek)

Eine andere Grundlage des Neoliberalismus ist die bis heute dominierende wirtschaftswissenschaftliche Theorie, die Neoklassik. Diese geht in hochabstrakten Modellen davon aus, daß nur der Markt für die effiziente Verwendung von Produktionsfaktoren sorgt und daher Freiheit und Wohlstand für alle bringt. Die zentralen Annahmen dieser völlig ahistorischen Theorie sind, daß die Marktteilnehmer völlig rational handeln, daß alle über alle Informationen verfügen und daß alle Marktteilnehmer völlig individualisiert sind und agieren. Der Markt reguliert sich weitgehend selbst, staatliche Interventionen sind im abstrakten Modell gar nicht, in den etwas wirklichkeitsnäheren Varianten kaum vorgesehen. So etwas wie gesellschaftliche Macht kommt genausowenig vor wie Prozesse der Kapitalkonzentration und Monopol- bzw. Oligopolbildung.

Neoliberalismus als Praxis

Das neoliberale Programm entwickelte sich in den 70er und 80er Jahren zur "historisch organischen Ideologie" (Antonio Gramsci) der herrschenden Klassen. Innerhalb letzterer setzten sich die weltmarktorientierten Fraktionen, das Finanzkapital und die Besitzer von Geldvermögen durch, die vom neoliberalen Umbau der Gesellschaft am stärksten profitierten. Das neoliberale Projekt basierte von Beginn an auf einer dramatischen Verschiebung sozialer Kräfteverhältnisse bzw. trieb diese voran. Aber mehr noch: "Der Neoliberalismus schwingt sich nun zum Anwalt der radikalisierten Kleinbürger auf: gegen Verschwendung und Ineffizienz, gegen die Gleichmacherei und für mehr Freiheit vom Staat, für das Individuum und für den Markt." (so Elmar Altvater 1981) Der blutige Anfang der Durchsetzung neoliberaler Politiken wurde aber in einem peripheren Land gemacht: 1973 in Chile mit dem Militärputsch von Augusto Pinochet gegen den Sozialisten Salvador Allende. In den Metropolen übernahmen in den 70er Jahren schon teilweise sozialdemokratische Regierungen das neoliberale Gedankengut und mit den Regierungsübernahmen von Margaret Thatcher in Großbritannien (1979) und Ronald Reagan in den USA (1981) begann die "neoliberale Konterrevolution". Das Beispiel Chile zeigt auch, daß neoliberale Politiken in autoritären Gesellschaften besonders gut durchgesetzt werden konnten.

Neoliberalismus als politische Praxis zur Transformation von Gesellschaften formierte sich in einzelnen Ländern unterschiedlich aus. In den metropolitanen Ländern wurde am ehesten in

Großbritannien unter Thatcher das neoliberale Programm umgesetzt. Unter Reagan in den USA muß viel eher von einem Rüstungskeynesianismus gesprochen werden, der die staatliche Verschuldung eher vorantrieb, in der BRD begann unter der Kohl-Regierung der Umbau eher langsam und unter korporatistischen Vorzeichen. In Frankreich oder den südeuropäischen Ländern wurden neoliberale Politiken in den 70er Jahren von sozialdemokratischen Regierungen vorangetrieben. Das zentrale neoliberale Argument war die Gegenüberstellung von "Markt" und "Staat" und eine notwendige, "ökonomisch vernünftige" Zurückdrängung des Staates. Heute gängige Argumente aus der Debatte um Globalisierung spielten dabei kaum eine Rolle; neoliberale Politiken waren zuvorderst eine innerstaatliche Angelegenheit.

Von Beginn an kam das neoliberale Projekt als "konservative Revolution" (Ronald Reagan) daher. Auch "die Wende" in Westdeutschland verband neokonservative und neoliberale Politiken. Auf der Suche nach neuen Legitimationsmustern stellte zu Beginn eher die "geistig-moralische Krise" des sozialstaatlich verwalteten Kapitalismus und weniger der "Sachzwang Weltmarkt" einen Ausgangspunkt dar. Mitte der 80er Jahre, auf dem Höhepunkt des Ansehens der Politiken unter Ronald Reagan und Margaret Thatcher sprach niemand von Globalisierung. Das konservative Projekt propagierte nicht nur den law and order-Staat, sondern stand auch gegen die ineffektive staatliche "Gleichmacherei" und von Beginn an für staatliche Interventionen beim sozialen Umbau. Die neoliberalen und die neokonservativen Strategien trafen sich darin, daß die Gesellschaft "dereguliert" werden müsse, insbesondere was bestimmte staatliche Regulierungen anging. Auch in ihrer elitären Ausrichtung und der Rechtfertigung sozialer Hierarchien korrespondierten Neoliberalismus und Neokonservatismus. Den neoliberalen Individualismus ergänzte die neokonservative Vorstellung von "Ordnung" und "Normalität", die partiarchale Familie wurde zur zentralen Instanz der Abfederung sozialer Risiken.

Zentrale Elemente des Neoliberalismus sind: Die Organisationen der Nicht-Herrschenden zu schwächen (insbesondere die Gewerkschaften), eine Umverteilung gesellschaftlichen Reichtums von unten nach oben und die Herstellung eines "kapitalfreundlichen" Klimas (bis zur physischen Verfolgung von Gewerkschaften). Die Ausrichtung an "internationaler Wettbewerbsfähigkeit" reduziert staatliche Politik immer stärker auf Standortpolitik. Alle müssen zusammenstehen, wenn es um dessen Rettung geht. Der Staat verschwindet also nicht, sondern verändert sich grundlegend. Seine Funktionen als Ordnungs- und Wettbewerbsstaat werden deutlicher, seine sozialpolitischen Funktionen zurückgedrängt.

In vielen peripheren Ländern kommt noch etwas dazu: Anfang der 80er Jahre wurde die Schuldenkrise zu einem neoliberalen Hebel, nämlich zur Durchsetzung sog.

Strukturanpassungsprogramme, um neue Kredite zu erhalten.

Neoliberale Globalisierung ist aber viel mehr, als nur Veränderungen in der Ökonomie und der Politik. Der Neoliberalismus ist nicht zuletzt deshalb so stabil, weil er auf kulturellem Gebiet relativ erfolgreich war, d.h. er ist tiefgreifend in den Köpfen, Alltagspraxen und Institutionen wie Schule, Universität oder Betrieb verankert. Im Bildungsbereich wird uns gesagt, daß wir in uns investieren müssen, um später im Konkurrenzkampf auf dem Arbeitsmarkt zu bestehen. Bloß keine Zeit vertrödeln, für was für spannende, rebellische oder Umwegserfahrungen in der eigenen Biographie auch immer. - Wir alle sind unser eigener Standort.

Der Sozialwissenschaftler Bernd Röttger (Recklinghausen) bringt es auf den Punkt: "Der Neoliberalismus gelangte im Umbruch zu den 90er Jahren in die Position eines alternativlosen Sachzwangs zur Privatisierung und Durchkapitalisierung der Gesellschaften, der sich nun weitgehend unabhängig von parteipolitischen Ideologien und Regierungsmehrheiten durchzusetzen vermochte." Ungeheure soziale Kraft bekam er durch den Zusammenbruch des Realsozialismus. Nicht nur der Kapitalismus, sondern seine aktuelle neoliberale Ausrichtung standen alternativlos da.

Widerstand – jenseits von Seattle und Genua

Genau dies ändert sich seit einigen Jahren. Die scheinbare Alternativlosigkeit wird immer stärker in Frage gestellt. "Seattle", "Genua" und die anderen Demonstrationen sind internationale Kristallisationspunkte sozialer Bewegungen nach Jahren politischer Lähmung. Waren während der 80er Jahre die Proteste der metropolitanen Solidaritätsbewegung gegen Weltbank und IWF noch eher einer klassischen - und keineswegs falschen - Imperialismuskritik verbunden, so agieren die Initiativen heute gegen einen wirklich globalen Kapitalismus.

Um aber Mißverständnissen vorzubeugen. Diese Bewegung ist nicht "vom Himmel gefallen", wie es der bürgerlichen Berichterstattung zufolge scheinen könnte. Hier werden Menschen aus sehr unterschiedlichen Spektren aktiv, die über mehr oder weniger große politische Erfahrungen verfügen. Widerstand gab es immer, mehr oder weniger sichtbar. Seit einigen Jahren wird er nun deutlicher und entwickelt offenbar gemeinsame Bezugspunkte.

Ein Kern vieler Proteste liegt darin, zunächst einmal den Unmut über die dominanten Entwicklungen zu äußern, ohne gleich einen "konstruktiven" bzw. "politikfähigen" Vorschlag parat zu haben. Führte ein wütendes "es reicht!" vor einigen Jahren noch zu mildem Lächeln der Expertokraten, so ist das heute anders. Protest, so scheint es, erfährt in einigen Bereichen eine Rehabilitation – insbesondere die Form des Massenprotests.

Es können drei Gemeinsamkeiten innerhalb des linken anti-neoliberalen Spektrums ausgemacht werden: Zum einen verstehen sich die Initiativen, zumindest vom Anspruch her, jenseits der Realpolitik, die mit dem Argument der Machbarkeit jegliche Kritik und Alternative vom Tisch zu wischen versucht. Die Initiativen haben zweitens dahingehend ein konfliktorisches Politikverständnis, dass sie einen oder mehrere Gegner identifizieren, gegen den Gegenmacht aufgebaut werden müsse.

So vereinfachend Begriffe wie "gegen Kapitalismus", "gegen Neoliberalismus", "gegen die Herrschaft der Finanzmärkte" o.ä. sind – so sehr schaffen sie etwas, was jede Bewegung benötigt: einen Gegner.

Daher ist es zunächst als Vorteil, unter der Formel "gegen Neoliberalismus" verschiedene Spektren zu vereinen und vor allem handlungsfähig zu machen. Die Formel selbst ist ambivalent, denn zum einen ermöglicht sie erst wieder die Auseinandersetzung über radikale Praxen. Dies ist angesichts der jahrelangen Lähmung linker Positionen nicht zu unterschätzen. Andererseits droht der Begriff des Neoliberalismus zum Alleskleber zu werden, der Differenzen und notwendige Diskussionen zu kleistert. Wichtig wird daher in Zukunft sein, ausgehend von solchen Formeln genauer zu evaluieren, wo die Widersprüche und sozialen Spaltungslinien heute verlaufen.

Drittens greifen die verschiedenen Initiativen Widersprüche auf, die im Prozess der neoliberalen Globalisierung immer deutlicher werden: An der Tatsache, dass das neoliberale Versprechen von Glück ("jeder ist seines/ihrer Glückes...") und Gerechtigkeit immer offenkundiger Katastrophen aller Art produziert, dass ein diffuses Unwohlsein Angesichts der immer stärkeren Ökonomisierung des Lebens (Bildung/Wissen, Körper/Nahrung, etc.) zunimmt, dass die Kontrolle über das eigene Leben zunehmend vermeintlichen Markt- und Standortfordernissen ausgeliefert wird. Hier kann die Kritik an der zunehmenden Mono-Kultur sowie die Forderungen nach Vielfalt und Demokratie politisierend wirken. Die WTO steht dann eher als Symbol für eine auf internationaler Ebene viel unverblümtere Politik des Kapitals als es ohnehin schon auf nationaler Ebene der Fall ist.

Der relative Optimismus im emanzipativen Spektrum nach Genua – zumindest bis zu den Anschlägen in den USA – muß dazu genutzt werden, die Proteste politisch fruchtbar zu machen. Dies kann sich aber nicht in der nächsten Mobilisierung erschöpfen, sondern muß in Klärungs-, Politisierungs- und Organisationsprozesse in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen eingehen. Wenn eben GewerkschafterInnen sich nicht mehr mit dem "Wir-stehen-am-Standort-zusammen"-Gedöns der Chefs abfinden, dann geht das in die richtige Richtung.

Mit dem bereits zitierten italienischen Marxisten Antonio Gramsci gesprochen: Es geht um die Auseinandersetzungen um gesellschaftliche Hegemonie in langwierigen Stellungskämpfen: in und außerhalb von Institutionen, um Werthaltungen und gegen den neoliberalen "Alltagsverstand" sowie um die Delegitimierung herrschender Sichtweisen und Diskurse.

Eines sollte nicht vergessen werden: Die konkreten Bedingungen linker Politik sind ja der weiterhin weitgehend ungebrochene Durchmarsch neoliberaler Politik – Seattle und Genua zum Trotz. Auch wenn sich der Neoliberalismus auf der ideologischen Ebene vielleicht erschöpft hat und heute mit “anti-neoliberalen” Politiken durchgesetzt wird, so sind die neoliberalen Kräfte weiterhin am Zuge und gestalten die Gesellschaften tiefgreifend um. Ihr Erfolg liegt ja gerade darin, daß zentrale Merkmale wie die Herstellung von Wettbewerbsfähigkeit oder Standortpolitik von großen Teilen der Bevölkerung nicht mehr in Frage gestellt werden.

Eine Gefahr der Proteste besteht darin, dass sie in gewisser Weise zum routinierten Begleitprogramm internationaler Konferenzen werden. Die “großen” internationalen Proteste mit entsprechender medialer Aufmerksamkeit drohen – entgegen ihrer Absicht – andere Kämpfe zu entwerten. Gerade in peripheren Ländern gibt es vielfältige Ansätze, die die herrschenden Verhältnisse viel konkreter und nachhaltiger in Frage stellen, international jedoch kaum wahrgenommen werden.

Ein Dilemma besteht darin, dass "Globalisierungskritik" momentan zwar "in" ist und den Anliegen wie selten zuvor gesellschaftliche Aufmerksamkeit geschenkt wird. Eine postkapitalistische Orientierung muß jedoch ernst nehmen, dass die Grundlagen eine anderen Gesellschaft in komplizierten Lern- und Erfahrungsprozessen liegen. Dies kann nicht durch mediale Aufmerksamkeit und die Schaffung anerkannter SprecherInnen kompensiert werden. Denn zweifellos besteht die Gefahr, Teil der "Politik in der Manege" (Wolf Dieter Narr/Roland Roth) zu werden.

Emanzipative Politik "geht" nicht schnell - wenngleich "Sprünge" vor allem auf der symbolischen Ebene und jener der positiveren Selbsteinschätzung unverzichtbar sind. (deswegen sind "Genua" und "Seattle" wichtig).

Emanzipation ist aber kompliziert und muß an alltägliche Praxen in Uni, Betrieb, Stadtteil, politischen Organisationen oder persönlichen Beziehungen zurück gebunden werden. Sonst wird nämlich unterschätzt, dass der Neoliberalismus gerade auf der kulturellen Ebene überaus erfolgreich war.

Daher müßte stärker auf die kleinen Veränderungen, die “Gärungsprozesse” geblickt werden, die es ja überhaupt erst ermöglichen, daß emanzipative Prozesse jenseits des medialen Geklappers nachhaltig sind. Die internationale Protestbewegung wird stärker, weil sie sich aus lokal und nationalstaatlich organisierten Zusammenhängen bildet. Tiefgreifende gesellschaftliche Veränderungen benötigen jedoch gleichsam umfassender “kulturrevolutionärer” Prozesse.

Postscriptum: Nach dem 11. September 2001

Die Anschläge in den USA und die Reaktion der USANATO darauf werden die Koordinaten nicht nur der “großen” Politik gründlich verschieben, sondern auch die Bedingungen emanzipativer Praxis. Zum einen wird der dramatische Rückbau von BürgerInnenrechten und Rechtsstaatlichkeit auch linke Handlungsbedingungen beschneiden. Zum anderen werden die von den meisten Menschen als dominant wahrgenommenen Konfliktstrukturen wieder verschoben. War ein Erfolg des Neoliberalismus, daß gesellschaftliche Interessen sich durch den dominanten “horizontalen” Konflikt (Marco Revelli) begreifen, nämlich den Standortwettbewerb, so haben die jüngsten Proteste es erreicht, daß vertikale Konflikte zwischen Oben und Unten und innergesellschaftliche Herrschaftsfragen wieder legitim werden. Dies könnte sich dramatisch ändern. Politik wird mit dem Muster des “Kulturkampfes” interpretiert, Ökonomie als “Standortkampf”. Für Auseinandersetzungen, die sich am gesellschaftlichen Oben und Unten orientieren, bleibt weniger Raum. Die jüngsten Proteste und deren “unsichtbare” Vorarbeiten in Stadtteilen, Betrieben, Unis, politischen Vereinigungen und persönlichen Beziehungen dürfen nicht ohne Weiteres im aktuellen Wahn des Kampfes der “Zivilisation” gegen das “Böse” verpuffen.